

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 49'725
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 330.10
Abo-Nr.: 1078758
Seite: 6
Fläche: 64'156 mm²

Widmer-Schlumpf kritisiert Gripen-Kauf

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf bemängelt das Vorgehen bei der Beschaffung des Gripen-Kampffjets. Sie ist der Ansicht, man wisse nicht, was man kaufe.



Ein Gripen F Mitte Januar auf dem Militärflugplatz Emmen. Die Schweiz interessiert sich für Typ E. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

Daniel Foppa

Bei der Bundespräsidentenfeier für Ueli Maurer in Zürich wusste Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf im Dezember noch zu scherzen. Sie schenkte Maurer ein Gripen-Modell und sagte: «Dieses Flugzeug habe ich bereits finanziert.» Tatsächlich ist es Widmer-Schlumpf bei der Kampffjetbeschaffung aber nicht ums Lachen zumute. Wie das dem «Bund» vorliegende Protokoll einer BDP-Fraktionssitzung von Anfang März zeigt, ist die Bundesrätin zwar nicht gegen den Gripen. Sie hält jedoch fest:

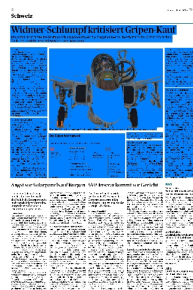
«Man weiss nicht, was man kauft.» Widmer-Schlumpf rät ihrer Fraktion, man müsse eventuell Kritik daran äussern, «dass der Gesamtbundesrat keine Einsicht in den Staatsvertrag hatte».

Das Gripen-Vertragswerk ist komplex (siehe Grafik). Grundlage ist das Rahmenabkommen, das die Bedingungen des Kaufs festlegt und aus Sicht des Verteidigungsdepartements (VBS) den Status eines Staatsvertrags hat. Im Beschaffungsvertrag werden technische und finanzielle Details geregelt. Dieser Vertrag kann erst unterzeichnet werden, wenn Parlament und Volk Ja gesagt haben zum

Gripen-Kauf.

Schwer verständlich

Im Moment hat das Geschäft allerdings einen schweren Stand. Der Ständerat sagte im März knapp Nein zum Gripen, und die zuständige Nationalratskommission hat die Vorlage bis zum August vertagt. Im Ständerat wurde Kritik laut, dass der Beschaffungsvertrag den Ratsmitgliedern in schwer verständlichem Englisch und nur während rund einer Stunde gezeigt wurde. Verteidigungsminister Ueli Maurer versuchte zu beschwichtigen: «Der Bundesrat selbst



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 49'725
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 330.10
Abo-Nr.: 1078758
Seite: 6
Fläche: 64'156 mm²

wird diesen Vertrag nicht anschauen, ich auch nicht, weil ich von dem schlicht und einfach nichts verstehe.» Nach dem Nein der kleinen Kammer bezeichnete Ständerat Hans Hess (FDP, OW), der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, Maurers Aussage als «völlig verunglückt».

Wie das BDP-Protokoll zeigt, ist auch Widmer-Schlumpf der Ansicht, der Gripen-Kauf sei zu wenig transparent. Laut Sprecher Roland Meier hat sich ihre Kritik jedoch auf den Beschaffungsvertrag und nicht auf das Rahmenabkommen («Staatsvertrag») bezogen. Das Protokoll sei zu wenig genau, sagt Meier.

«Die Zeit war knapp»

Allerdings gäbe es aus Sicht des Bundesrats durchaus auch Gründe, das Vorgehen beim Abschluss des Rahmenabkommens zu kritisieren. Dieses wurde am 24. August 2012 von Armasuisse-Projektleiter Jürg Weber unterzeichnet. Genehmigt hat es der Bundesrat am 28. September 2012 - also nachträglich. Laut VBS-Kommunikationschef Peter Minder hat der Gesamtbundesrat das Abkommen erst nach dessen Unterzeichnung zu Gesicht bekommen. «Die Zeit war knapp, man wollte das Verhandlungsergebnis

mit einer Unterschrift absichern», erklärt Minder das unübliche Vorgehen.

Inhaltliche Kritik am Rahmenabkommen wurde derweil in der Nationalratskommission laut. Denn im Vertrag sind keine Konventionalstrafen geregelt für den Fall, dass Schweden den Gripen nicht in der vertraglich vereinbarten Zeit oder Qualität liefert. Im Abkommen steht bloss: «Jegliche Streitigkeiten zwischen den Parteien bezüglich der Auslegung oder Umsetzung der vorliegenden Rahmenvereinbarung sollen durch Konsultationen oder Verhandlungen beigelegt werden.» Vor allem aus diesem Grund haben die Nationalräte das Geschäft vertagt. Maurer muss nun versuchen, die Konventionalstrafe im Beschaffungsvertrag festzuhalten.

Klare Risikoabsicherung

Das VBS hatte sich bisher auf den Standpunkt gestellt, Konventionalstrafen seien bei Verträgen zwischen Staaten nicht üblich. Zudem beinhaltet der bereits unterzeichnete Kaufvertrag zwischen Schweden und Saab eine Konventionalstrafe. Schweden hat bei Saab neben den 22 Gripen für die Schweiz auch 60 Jets für den Eigenbedarf bestellt. Ein Jurist der Armasuisse konnte

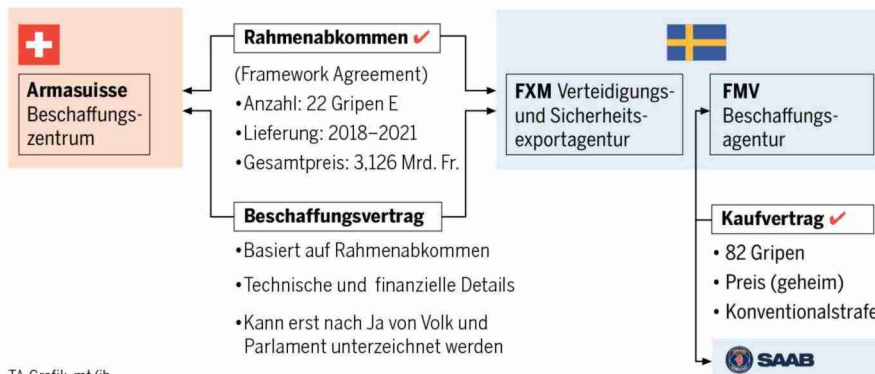
den geheimen Kaufvertrag einsehen und hat ihn laut Minder für gut befunden.

Diese Zusicherung wird den Nationalräten jedoch nicht genügen. «Wir brauchen eine klare Risikoabsicherung», sagt Nationalrat Thomas Hurter (SVP, SH), der die Subkommission zur Gripen-Beschaffung präsidiert. Man habe fälschlicherweise erwartet, dass das Rahmenabkommen genügend Sicherheitsgarantien enthalte. Hurter schlägt vor, bei der Bezahlung der einzelnen Gripen-Tranchen jeweils acht Prozent des Betrags zurückzubehalten. Vier Prozent würden nach erfolgreicher Lieferung einer Tranche bezahlt, der Rest nach Abschluss des Gesamtgeschäfts.

Laut Minder ist der Zahlungsplan Gegenstand der laufenden Verhandlungen: «Wir berücksichtigen dabei die Vorstellungen der Nationalratskommission, müssen aber auch jene der schwedischen Vertragspartner zur Kenntnis nehmen.» Für Hurter tut das VBS gut daran, die Bedingungen der Kommission ernst zu nehmen. Ansonsten werde das Geschäft auch im Nationalrat «einen sehr schweren Stand haben».

Das Gripen-Vertragswerk

So will die Schweiz von Schweden 22 Kampffjets kaufen (✓ unterzeichnet)



TA-Grafik mt/ib